

**Stadt Osnabrück**  
Die Oberbürgermeisterin

**Vorlagennummer:** VO/2026/5523-01  
**Vorlageart:** Mitteilungsvorlage  
**Öffentlichkeitsstatus:** öffentlich

**Situation obdachloser Menschen in Osnabrück (Fraktion DIE LINKE.) -  
Antwort der Verwaltung**

**Datum:** 15.05.2026  
**Federführung:** Vorstand für Soziales, Bürgerservice und Personal  
Fachbereich Soziales

**Beratungsfolge**

Gremium	Datum	Sitzungsart	Top-Nr.
Sozial- und Gesundheitsausschuss (Kenntnisnahme)	03.06.2026	Ö	

**Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s strategische/s Ziel/e:**

nicht zutreffend

**Sachverhalt:**

Im Zusammenhang mit der Entwicklung und Analyse der Obdachlosigkeit in der Stadt Osnabrück bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

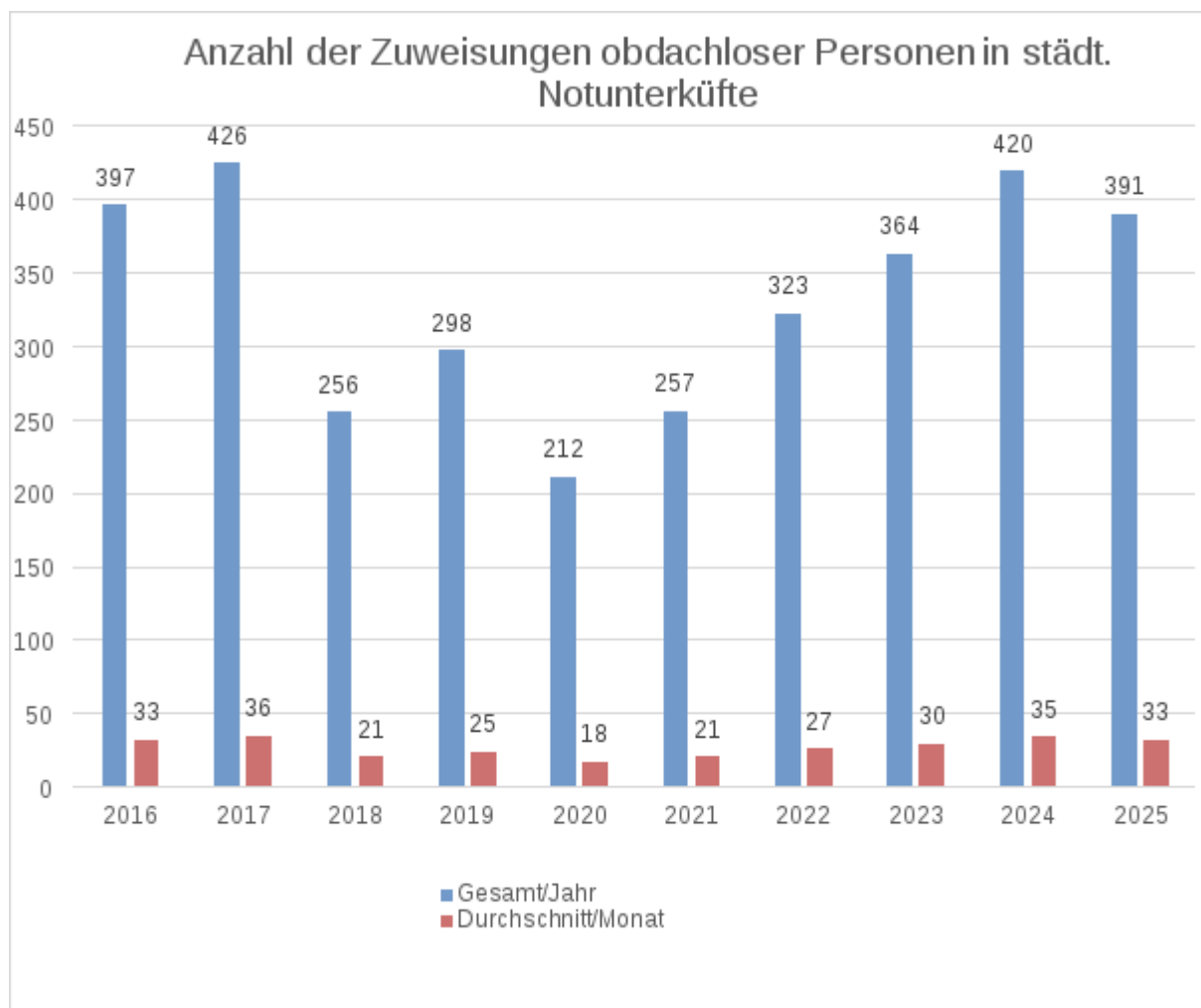
1. Wie haben sich die Zahlen der obdachlosen Menschen in den letzten zehn Jahren entwickelt?  
Wir bitten um Auflistung der entsprechenden Fallzahlen nach Jahren.
2. Werden die Ursachen für Obdachlosigkeit erfasst?  
Falls ja, bitten wir um die Nennung der fünf am häufigsten dokumentierten Gründe.  
Falls nein, bitte wir um Begründung.
3. Sofern entsprechende Daten vorliegen: In welchen Stadtgebieten waren die obdachlosen Personen zuletzt gemeldet, bevor sie obdachlos wurden?

Die Verwaltung beantwortet die Anfrage der Fraktion DIE LINKE wie folgt:

Zu 1):

Der SKM als Schwerpunktträger im Bereich der Wohnungslosenhilfe geht Anfang 2026 von 150 von Obdachlosigkeit betroffenen Personen aus, ein Viertel davon weiblich. Die Entwicklung der Zuweisungen untergebrachter Personen in Notunterkünfte der Stadt Osnabrück zeigt eine steigende Tendenz seit 2018. Es ist wichtig zu betonen, dass die folgende Darstellung die Anzahl der Zuweisungen in die Notunterkünfte abbildet - keine Anzahl von Personen. Daher ist hinsichtlich der obdachlosen Personen von Doppelzählungen auszugehen (Wenn eine Person beispielsweise im Februar in die Notunterkunft aufgenommen wird und dann im Juni erneut, sind dies zwei Zuweisungen, der Fall wird also doppelt gezählt.). Fehlbeleger aus Asylunterkünften

(Menschen, die das Asylverfahren abgeschlossen haben, aber keine angemessene Wohnung finden) sowie die Dunkelziffer obdachloser Personen, die keine Notunterkunft in Anspruch genommen haben, sind in dieser Statistik nicht berücksichtigt. Insbesondere angesichts der wachsenden Wohnungsnot ist davon auszugehen, dass die tatsächliche Zahl der wohnungslosen Menschen höher liegt.



Die Daten der ZBS (Zentrale Beratungsstelle Niedersachsen) können herangezogen werden, um den Bereich der Wohnungslosigkeit etwas besser zu erfassen. Gleichzeitig ist aber auch hier von einem Dunkelfeld auszugehen- Die ZBS erfasst in ihrer Statistik die Wohnungsnotfälle, also Personen,

- die aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen sind
- die unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht sind
- die in unzumutbaren Wohnverhältnissen leben.

Für die Stadt Osnabrück zählt sie zum Stichtag 31.01.2025 insgesamt 549 Wohnungsnotfälle (2015 waren es 119 Personen). 89% davon (488 Personen) sind wohnungslos, 7% von Wohnungslosigkeit bedroht (38 Personen) und 4% (23 Personen) leben in unzumutbaren Wohnverhältnissen (s. Definition der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. unter [www.bagw.de/de/themen/zahl-der-wohnungslosen/wohnungsnotfalldefinition](http://www.bagw.de/de/themen/zahl-der-wohnungslosen/wohnungsnotfalldefinition))

Diese Zahlen weisen jeweils eine Zunahme auf. Gleichzeitig zeigen sie auch, dass eine statistisch eindeutige Erfassung, insbesondere mit Blick auf die Dunkelziffer, in der Praxis schwer umsetzbar ist.

Zu 2):

Zu dieser Fragestellung liegen in den verfügbaren Datenbanken keine konkreten

Informationen vor. Aus sozialarbeiterischer Erfahrung, insbesondere aus der Fachstelle zur Wohnraumsicherung sowie dem Obdachlosenbereich, zeigt sich jedoch folgendes: Die häufigste Ursache für Obdachlosigkeit sind Mietschulden. Weitere häufige Gründe sind Haftaufenthalte, Verstöße gegen den Hausfrieden und Eigenbedarfskündigungen. Hinzu kommt die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt, die es oftmals schwierig macht, rechtzeitig angemessenen Wohnraum zu finden. Darüber hinaus nehmen Fälle von psychischen Erkrankungen und Verwahrlosung zu.

Zu 3):

Zu dieser Fragestellung liegen in den verfügbaren Datenbanken keine Informationen vor. Es wird nicht festgehalten, wo die Personen zuvor gemeldet waren.

gez. Heinrich

**Anlage/n**

Keine